

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche gemeinsame Sitzung
des Schul- und Sportausschusses und des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium
am 24.11.2015
im Ratssaal**

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	auch Mitglied im Kuratorium
Ratsherr Jens Voß	SPD	auch Mitglied im Kuratorium

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis 90/ Die Grünen	
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsherr Jan Eggemann	SPD	Vertreter für Ratsherrn Sebastian Wagemeyer
Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU	
Ratsherr Timothy Kahler	CDU	
Ratsherr Rüdiger König	CDU	auch Vertreter für Ratsfrau Britta Rogalske im Kuratorium
Frau Sandra Manß	SPD	Vertreterin für Herrn Jamel Hellwig
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	Vertreterin für Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Frau Brunhilde Gromball	FDP	
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.	
Frau Anette Schwarz	FDP	
Herr Andreas Stach	Bündnis 90/ Die Grünen	
Frau Helga Poimann	Fraktionslos	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos	
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos	Anwesend bis 17.45 Uhr, dann Vertretung durch Frau Weiland-Günther
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos	
Herr Peter-Paul Marienfeld	Fraktionslos	
Herr Marco Sawatzki	Fraktionslos	
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos	
Frau Weiland-Günther	Fraktionslos	Ab 17.45 Uhr Vertretung für Frau Göldner

Kuratoriumsmitglieder:

Bürgermeister Dieter Dzewas	SPD	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Herr Klaus Majores	Fraktionslos	Anwesend bis 18.30 Uhr
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Anwesend bis 18.30 Uhr
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	Vertreter für Ratsherrn Jens Holzrichter

Gäste:

Frau Christa Sacher	Schulamt des Märkischen Kreises
---------------------	---------------------------------

Verwaltung:

Frau Christine Kirchner
Frau Barbara Kleine
Frau Kerstin Kotziers
Herr Dierk Gelhausen

Schriftführung:

Frau Anke Keller

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	Alternative für	
Lüdenscheid		
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	Vertreterin Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Herr Jamel Hellwig	SPD	Vertreterin Ratsfrau Sandra Manß

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Frau Dorothee Schiller	Fraktionslos
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Nesrin Emektar	Ditib Lüdenscheid
---------------------	-------------------

Kuratoriumsmitglieder:

Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	Vertreter Ratsherr Michael Wülfrath
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	Vertreter Ratsherr Rüdiger König

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

1. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Die Verpflichtung von Frau Weiland-Günther ist in vorgesehener Form erfolgt.

2. Öffentliche Fragestunde

Ratsherr Voß fragt an, ob es seitens der Öffentlichkeit Fragen gibt.

Daraufhin meldet sich Frau Waldow, Lehrerin am Bergstadt-Gymnasium, zum Thema Schulsozialarbeit an Schulen zu Wort. Sie schildert, dass derzeit die drei Lüdenscheider Gymnasien aktuell insgesamt mit einer halben Stelle Schulsozialarbeit bedient werden und nunmehr seitens der Verwaltung beabsichtigt ist, diese Stelle einzusparen.

Frau Waldow hebt die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit auch an den Gymnasien hervor und macht deutlich, dass die Lehrer diese Aufgabe nicht alleine leisten können. Hier wäre eine entsprechende Fachkraft erforderlich. Sie schildert weiter, dass das Bergstadt-Gymnasium die Bildung einer internationalen Klasse plant und die Unterstützung durch die Schulsozialarbeiterin unerlässlich ist. Es sei seitens der Schulgemeinde nicht nachvollziehbar, warum dieser wichtige Aufgabenbereich nicht weiterhin angeboten werden kann.

Ratsherr Voß dankt Frau Waldow für diese Wortmeldung und verweist auf den TOP 4 der Tagesordnung. Hier würde dieses Thema dann beraten.

Ratsherr Voß fragt, ob weitere Fragen seitens der Öffentlichkeit bestehen. Dies ist nicht der Fall.

3. Berichtswesen; hier: Beratung und Schulung von Seiteneinsteigern (Mündlicher Bericht des Kommunalen Integrationszentrums)

Ratsherr Voß stellt den Tagesordnungspunkt vor. Er begrüßt in diesem Zusammenhang Herrn Bernd Grunwald, Leiter des Kommunalen Integrationszentrums des Märkischen Kreises, und erteilt ihm das Wort.

Herr Grunwald berichtet zunächst, dass dem Kommunalen Integrationszentrum (KI) nunmehr die Beratung der aus dem Ausland zugewanderten schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen im Märkischen Kreis obliegt. Hierzu gehört auch die Weiterempfehlung zu einer aufnehmenden Schule. Er berichtet weiter, dass die Bezirksregierung Arnsberg die Kreise aufgefordert hat, ein aktuelles Konzept zur Beratung der Seiteneinsteiger zu erarbeiten. Ziel und Aufgabe ist eine bedarfsgerechte und zeitnahe Verteilung der Schülerinnen und Schüler an die jeweiligen Schulen. Herr Grunwald schildert nun das System der Zusammenarbeit zwischen den Schulen, dem KI und den Kommunen.

Des Weiteren stellt Herr Grunwald das neu erarbeitete Konzept zur Beratung der Seiteneinsteiger im Märkischen Kreis mittels Powerpoint-Präsentation vor. Eine Überprüfung und Überarbeitung des Konzeptes ist im Sommer 2016 vorgesehen.

Diese Präsentation kann über den Internet-Auftritt der Stadt Lüdenscheid/Bürgerinfoportal/ Sitzungskalender, gemeinsame Sitzung des Schul- und Sportausschusses und des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium am 24.11.2015 eingesehen werden.

Ratsherr Voß dankt Herrn Grunwald für den Vortrag und fragt, ob es hierzu Fragen oder Anmerkungen gibt.

Herr Bisterfeld fragt nach, wann eine Gesundheitsüberprüfung der Kinder erfolgt und wie die Schulen zukünftig über den Zugang der neuen Schüler informiert werden. Eine rechtzeitige Information sei wünschenswert, damit u. a. eine gewisse Willkommenskultur seitens der Schule angeboten werden kann.

Herr Grunwald antwortet auf die erste Frage von Herrn Bisterfeld, dass bei dem KI alle Kinder beraten werden, die aus dem Ausland zuziehen. Hierzu gehören nicht nur die Kinder aus Flüchtlingsfamilien, sondern beispielsweise auch Zuzüge im Rahmen der Freizügigkeit innerhalb der EU. Herr Grunwald erklärt weiter, dass die Kinder aus Flüchtlingsfamilien bereits bei der Erstregistrierung auf mögliche ansteckende Erkrankungen untersucht werden. Das Untersuchungsergebnis wird vom KI abgefragt. Zudem wird den Eltern empfohlen, dieses vorhandene Untersuchungsergebnis ebenfalls bei der Schule vorzulegen. Eine rechtliche Grundlage, jedes aus dem Ausland zuziehende Kind ärztlich untersuchen lassen zu müssen, ist jedoch nicht vorhanden.

Die zweite Frage beantwortet Herr Grunwald dahingehend, dass die Kinder mit der vom KI ausgestellten Schulempfehlung bei der Schule vorsprechen und damit auch bescheinigen, zuvor an der Beratung teilgenommen zu haben. Herr Grunwald gibt zu bedenken, dass das neue Verfahren gerade erst erprobt wird und Verbesserungen, wie jetzt hier vorgeschlagen, in das Konzept eingearbeitet werden können.

Ratsherr Wülfrath merkt ergänzend an, dass klare und konsequente Zuständigkeitsregelungen gegeben sein müssen. Die Schule selbst sei nicht zuständig für den ersten Kontakt mit einem Seiteneinsteiger-Kind. Er merkt weiter an, dass es unabdingbar ist, die Schulen im Vorfeld über die zu erwartenden neuen Schüler zu informieren.

Frau Kotziers weist nun darauf hin, dass derzeit noch die einzelnen Verfahrensabläufe gemeinsam abgestimmt werden und die jetzt vorgetragenen Anregungen dabei Berücksichtigung finden.

4. Fortführung der sozialen Arbeit an Schulen (vormals Schulsozialarbeit BuT) Vorlage: 211/2015

Ratsherr Voß ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Bürgermeister Dzewas das Wort.

Herr Dzewas erläutert eingangs die Entwicklung des Programms „Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket“. Er macht deutlich, dass dieses Programm durch Bundesmittel gefördert wurde und bekanntermaßen einer zeitlichen Befristung, zunächst bis 2014, unterlag. Nur durch die Übertragung nicht genutzter Restmittel konnte eine Finanzierung auch noch für das Jahr 2015 erfolgen. Trotz aktueller intensiver Bemühungen der Kommunen und der Schulen konnte keine Verlängerung des Programms erwirkt werden.

Gleichwohl werden durch eine befristete Landesförderung den Kommunen Gelder in Höhe von 70 % der bisherigen Zuwendung zur Fortführung der sozialen Arbeit an Schulen bis Ende 2017 zur Verfügung gestellt. Das Land habe jedoch mehrfach betont, hierbei eine Bundesaufgabe übernommen zu haben. Herr Dzewas führt weiter aus, dass der notwendige

städtische Eigenanteil, der bedingt durch den Nothaushalt nicht erbracht werden kann, durch Restmittel des Märkischen Kreises gedeckt wird.

Herr Dzewas betont die Wichtigkeit und die Sinnhaftigkeit dieser Aufgabe. Dennoch kann die Stadt als Träger der äußeren Schulangelegenheiten nicht die Finanzierung von Aufgaben der inneren Schulangelegenheiten, also die Aufgaben des Landes oder des Bundes, übernehmen. Dieses wäre auch in Anbetracht der desolaten Haushaltslage nicht möglich.

Herr Dzewas sagt weiter, dass die vorgetragene Argumente der Gymnasien sowie die heute in der öffentlichen Fragestunde vorgetragene Gründe, ein Angebot von Schulsozialarbeit sei gerade hinsichtlich der Inklusion, der Integration und der Betreuung von Seiteneinsteigern unerlässlich, nicht dem originären Zweck der Schulsozialarbeit entspricht. Grundsätzlich war die „Schulsozialarbeit BuT“ für mit dem SGB II zusammenhängende Fälle gedacht.

Des Weiteren regt Herr Dzewas an, die Schulen mögen auch über eine Kapitalisierung von Stellenanteilen zur Durchführung der sozialen Arbeit an Schulen nachdenken. Inwiefern dies rechtlich möglich ist, sollte mit der Bezirksregierung geklärt werden.

Um die soziale Arbeit an Schulen, wenn auch in reduzierter Form, bis Ende 2017 weiter fortführen zu können, habe die Verwaltung eine fachliche Priorisierung aufgrund der Fallzahlen je Schulform vorgenommen. Das Ergebnis findet sich im nun vorliegenden Beschlussvorschlag wieder. Herr Dzewas betont, dass dieser Beschlussvorschlag kein wünschenswertes Ergebnis darstellt, sondern auf die bei der Stadt Lüdenscheid vorherrschende Mangelverwaltung zurückzuführen ist.

Ratsherr Adam stellt nun seitens der CDU den Antrag, aus der Vorlage Nr. 211/2015 die Nr. 1 - Einsparung von 0,5 Stellenanteilen im Bereich der Gymnasien - zu streichen und die fehlenden Mittel zur Durchführung der Schulsozialarbeit an den drei Lüdenscheider Gymnasien im Haushalt 2016 einzuplanen. Ratsherr Adam begründet den Antrag, gibt jedoch keinen Deckungsvorschlag an.

Herr Utsch ergänzt dazu, dass nicht die Schulform in den Fokus gestellt werden sollte, sondern die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler. Es sei wichtig, die vertrauensvoll gewachsene Arbeit zwischen der Schulsozialarbeiterin und den Kindern kontinuierlich fortzusetzen. Weiter sagt Herr Utsch, dass eine Kapitalisierung einer Stelle, laut aktueller Mitteilung der Bezirksregierung, auch eine Beteiligung des Schulträgers erfordert.

Ratsherr Adam merkt an, dass in der letzten Sitzung des Hauptausschusses die Schaffung von ca. 20 - 25 Planstellen im Bereich der Flüchtlingsarbeit beschlossen wurde, um eine gelungene Integration zu gewährleisten. Es sei gegenüber der Öffentlichkeit nicht erklärbar, warum diese Stellen geschaffen werden können, aber eine halbe Stelle für die Schulsozialarbeit an Gymnasien nicht finanzierbar wäre.

Herr Bürgermeister Dzewas antwortet darauf, dass er nochmals auf die Zuständigkeiten verweisen möchte. Es könne nicht sein, dass originäre Bundesaufgaben in freiwillige Aufgaben der Kommunen umgewandelt werden, auch nicht im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge.

Frau Schwarz führt aus, dass die Schulsozialarbeit in den letzten Jahren so effektiv durchgeführt wurde, dass sie kaum mehr wegzudenken ist. Bedingt durch die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Flüchtlingsarbeit, werden nun neue Ressourcen benötigt, die bei Einführung der Schulsozialarbeit noch nicht absehbar waren. Frau Schwarz betont, dass die Schulsozialarbeit eine wichtige Schnittstelle bei der Integration ist. Diese Stellen der

Schulsozialarbeit müssten daher eher ausgebaut werden, als dass sie gestrichen werden dürften.

Ratsherr Bodenheimer merkt an, dass in dieser Diskussion Sachgebiete, wie Inklusion, Schulsozialarbeit und Flüchtlingsarbeit, miteinander vermischt werden, die sachlich in keinem Zusammenhang stehen, und wünscht eine differenzierte sachbezogene Diskussion.

Herr Stach meldet sich zu Wort und sagt, dass er als Schulsozialarbeiter an einer Förderschule tätig ist. Er sei dadurch mit den Inhalten der Schulsozialarbeit vertraut. Herr Stach schließt sich den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dzewas an, wie ursprünglich die von der Bundesregierung gestellten Mittel verwendet werden sollten, und zwar für die Unterstützung einkommensschwacher Eltern im Sinne des SGB II und des Bundeskindergeldgesetzes. Er berichtet weiter, dass auch vor diesem Bundesprogramm bereits Schulen die Schulsozialarbeit angeboten haben. Dies war möglich durch das Einbringen eigener Stellen zur Durchführung dieser Arbeit. Herr Stach appelliert daher an die Schulen, aus dem eigenen Stellenpool dauerhaft eine solche Stelle für die Schulsozialarbeit zu schaffen. Die Stellen über die jetzt diskutiert würde, seien befristet bis 2017; der Bedarf jedoch sei dauerhaft.

Ratsherr Breucker merkt zu diesem Thema an, dass aus seiner Sicht der Beratungsbedarf nicht mehr so hoch ist, wie bei der Einführung der Schulsozialarbeit nach dem BuT. Es gebe aber neue Herausforderungen mit hohem Beratungsbedarf an den Schulen, wie zum Beispiel die Inklusion und die Integration von Migranten. Ratsherr Breucker erhofft eine Migrationsunterstützung bzw. -beratung durch die beschlossenen Stellen im Bereich der Flüchtlingsarbeit und erwartet dann dahingehend ein städtisches Konzept. Er schließt sich den zuvor erfolgten Ausführungen an, dass die finanziellen Bedarfe der inneren Schulangelegenheiten, die vom Bund oder Land nicht gedeckt werden, nicht zulasten der Kommunen gehen dürfen. Ratsherr Breucker schlägt außerdem vor, dass die Beratungsstelle am Staberg einen Beratungstag für die Angelegenheiten nach dem Bildungs- und Teilhabepaket anbieten könnte. Hier wäre auch eine räumliche Nähe zu den Gymnasien gegeben.

Herr Marienfeld macht nun auf den Punkt 3 des Beschlussvorschlages aufmerksam, wonach die Maßnahmen des SOS-Kinderdorfes als Kooperationspartner der Friedensschule nur noch in reduzierter Form finanziert werden sollen. Herr Marienfeld schildert die daraus entstehenden Folgen für die Friedensschule und stellt die besonderen Bedarfe der Schülerinnen und Schüler der Förderschule dar. Er berichtet weiter, dass die bisherige Arbeit des SOS-Kinderdorfes an der Friedensschule hervorragende Effekte erzielt hat. Dieses gelte auch für die Betreuung des Schulverweigerungs-Projekts, welches in enger Verbindung zu der Schulsozialarbeit steht.

Herr Marienfeld gibt zu bedenken, dass durch die beabsichtigte Zuschussskürzung die Sozialarbeit an der Friedensschule nicht mehr im vollen Umfang aufrecht erhalten werden könne. Das SOS-Kinderdorf erbringt bereits jetzt erhebliche Eigenmittel in Höhe von ca. 40 % zu dem bislang gezahlten Zuschuss und wird nicht in der Lage sein, diese mögliche neue Differenz durch Eigenmittel oder Spenden zu ersetzen. Es müsse daher überlegt werden, die Sozialarbeit dann ganz einzustellen oder durch Umschichtung in den eigenen Stellen zu kompensieren.

Herr Pottgießer stellt heraus, dass der Antrag der CDU auch die Streichung des 3. Beschlussvorschlages zu diesem Tagesordnungspunkt hätte beinhalten müssen, denn die Schulsozialarbeit sei für jede Schulform von Bedeutung. Des Weiteren sagt Herr Pottgießer, dass der Antrag ohne entsprechenden Deckungsvorschlag angesichts der anstehenden

Haushaltsberatungen und in Zeiten der Mangelwirtschaft nicht tragbar sei. Die vermischte Diskussion betreffend Inklusion, Schulsozialarbeit und Flüchtlingspolitik in diesem Zusammenhang ist seiner Meinung nach nicht aufrichtig.

Ratsherr Voß fragt, ob weitere Wortmeldungen vorliegen. Dies ist nicht der Fall. Ratsherr Voß betont, dass die SPD-Fraktion die Entscheidung über diesen Beschlussvorschlag nicht leichtfertig getroffen hat. Die Ausführungen des Bürgermeisters und die dargestellten Möglichkeiten, Schulsozialarbeit an den Schulen aufrecht zu erhalten, hat die Fraktion dennoch bewogen, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Frau Schwarz beantragt, die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt voneinander zur Abstimmung zu bringen.

Ratsherr Voß fragt, ob hier Gegenrede besteht. Das ist nicht der Fall.

Ratsherr Voß bringt nun **Nr. 1 des Beschlussvorschlages** zur Abstimmung, welche lautet: Der Schul- und Sportausschuss und das Kuratorium Zeppelin-Gymnasium beauftragen die Verwaltung, die Schulsozialarbeit im Rahmen der Landesförderung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis Kuratorium Zeppelin-Gymnasium:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Ratsherr Voß trägt die **Nr. 2 des Beschlussvorschlages** vor, welche lautet: Die bis zum 31.12.2015 befristeten Beschäftigungsverhältnisse für die 2 Planstellen an den Grundschulen und 1 Planstelle an den Realschulen werden bis zum 31.12.2017 verlängert.

Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis Kuratorium Zeppelin-Gymnasium:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Abschließend trägt Ratscherr Voß die **Nr. 3 des Beschlussvorschlages** vor, welche lautet:
Die Maßnahmen des SOS-Kinderdorfes in der Friedensschule werden befristet bis
31.12.2017 mit 19.336,00 €/Jahr finanziert.

Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis Kuratorium Zeppelin-Gymnasium:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Ratscherr König beantragt nun, über den vorliegenden CDU-Antrag dennoch abzustimmen, obgleich dieses nach den Abstimmungsergebnissen des Beschlussvorschlages zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr erforderlich ist. Ratscherr Voß fragt, ob es hierzu Gegenstimmen gibt. Das ist nicht der Fall. Ratscherr Voß stellt nun den CDU-Antrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis Kuratorium Zeppelin-Gymnasium:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	0

Nachdem die Abstimmung erfolgt ist, bittet die Vorsitzende des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium, Frau Rigas-Gülde, die Verwaltung, ein überarbeitetes Konzept über die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an allen Schulformen in städtischer Trägerschaft zu erstellen.

Herr Bürgermeister Dzewas sagt dieses zu. Die Stelle mit dem entsprechenden Aufgabeninhalt sei in der Hauptausschuss-Sitzung beschlossen worden und müsse zunächst besetzt werden.

**5. Berichtswesen;
hier: Sachliche und personelle Ausstattung für das Gemeinsame Lernen
Vorlage: 214/2015**

Ratscherr Voß stellt den Tagesordnungspunkt vor und erteilt Frau Kotziers das Wort.

Eingangs berichtet Frau Kotziers, dass der Schul- und Sportausschuss in der Sitzung am 22.09.2015 um Rückmeldung der Schulleitungen der weiterführenden Schulen über den jeweiligen Soll- und Ist-Zustand zu den personellen, räumlichen und sonstigen Voraussetzungen gebeten hat. Diese Meldungen liegen dem Schulträger nun vor und sind dem vorliegenden Bericht beigelegt.

Zusammenfassend sei festzustellen, dass rd. 22.000,00 € geschätzte Gesamtkosten anfallen, um die sonstigen fehlenden Ausstattungen für die vorhandenen Gruppen des Gemeinsamen Lernens vorhalten zu können. Frau Kotziers führt weiter aus, dass aus der Landeszuwendung, die zunächst mit anteilig 80.000 € für mögliche Baukosten eingeplant war, noch rd. 18.000 € für diese Anschaffungszwecke zur Verfügung gestellt werden sollen. Hierzu werden die Schulen in den nächsten Tagen eine gesonderte Nachricht erhalten.

Frau Kotziers berichtet weiter, dass nach jetzigem Stand, außer bei den Gymnasien, die entsprechenden Fachräume (Küchen, Räume für Werken, Technik und Arbeitslehre) vorhanden sind. Nun müssten hier Gespräche hinsichtlich der Einrichtung von Fachräumen geführt werden bzw. auch über Kooperationsmöglichkeiten der Gymnasien. Sobald im Frühjahr die Schulen des Gemeinsamen Lernens benannt seien, könnten weitere Kosten zur Schaffung räumlicher und sonstiger Maßnahmen ermittelt werden. Hierbei würden die bereits vorliegenden Hinweise und die individuellen Ausstattungsbedarfe berücksichtigt.

Ratsherr Voß dankt für diese Berichterstattung und sagt, es sei erfreulich, dass die erforderlichen Mittel noch in diesem Haushaltsjahr bereitgestellt werden können.

Ratsherr Voß dankt den betreffenden Schulen für die detaillierten Meldungen. Der Schul- und Sportausschuss sowie das Kuratorium Zeppelin-Gymnasium haben den Vorschlag einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Tätigkeitsbericht 2013 / 2014 der Beratungsstelle für Familie und Schulpsychologie

Vorlage: 212/2015

Ratsherr Voß stellt den Tagesordnungspunkt vor und übergibt das Wort an Frau Kirchner, Leiterin der Städtischen Beratungsstelle für Familie und Schulpsychologie.

Frau Kirchner erläutert anhand einer Präsentation den Tätigkeitsbericht der Beratungsstelle für die Jahre 2013 und 2014. Geschildert werden hier u. a. die Arbeitsfelder der Beratungsstelle, die Fallzahlenentwicklung von 2008 - 2014 sowie eine Auswertung der Anmeldegründe. Des Weiteren werden die Wartezeiten nach Wochen, die Beratungsdauer und die Klientendaten statistisch dargestellt.

Frau Kirchner berichtet anschließend, dass der Personalbestand der Beratungsstelle bereits die unterste Grenze erreicht hat. Jede weitere Reduzierung im Bereich Schulpsychologie sei nicht mehr vertretbar. Komme es dazu, sei eine adäquate schulpsychologische Beratung nicht mehr möglich.

Ratsherr Voß dankt für die Berichterstattung und nimmt insbesondere die personelle Situation in der Beratungsstelle zur Kenntnis. Er bekräftigt, dass bei dieser Thematik weiterhin Erörterungsbedarf besteht.

Der Bericht wird vom Schul- und Sportausschuss und vom Kuratorium Zeppelin-Gymnasium einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Präsentation kann über den Internet-Auftritt der Stadt Lüdenscheid/Bürgerinfoportal/ Sitzungskalender, gemeinsame Sitzung des Schul- und Sportausschusses und des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium am 24.11.2015 eingesehen werden.

7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

7.1. Bekanntgaben

7.1.1. Bekanntgabe "JeKits"

Frau Kotziers gibt auf Bitte von Herrn Schulte-Huermann bekannt, dass das Programm „JeKits - Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ in der Grundschule Wehberg zum 01.11.2015 gestartet ist.

Alle Kinder des 2. Grundschuljahrgangs nehmen verbindlich und kostenfrei an dem stattfindenden Tandemunterricht im Klassenverband teil. Im Laufe des Schuljahres lernen nun alle Kinder die unterschiedlichen Instrumente kennen. Frau Kotziers berichtet weiter, dass bereits erste gemeinsame Aufführungen im Rahmen von Schulveranstaltungen geplant sind.

Nach Ablauf des Schuljahres können sich die Kinder für ein Leih-Instrument entscheiden, welches sie im 3. Schuljahr erlernen möchten. Frau Kotziers führt aus, dass die Teilnahme dann auf freiwilliger Basis möglich ist und eine monatliche Gebühr in Höhe von 23,00 € erhoben wird. Diese Gebühr kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen ermäßigt werden.

Abschließend teilt Frau Kotziers mit, dass die Grundschule Lösenbach zum nächsten Schuljahr ebenfalls an diesem Programm teilnehmen möchte und die erforderliche Bewerbung derzeit vorbereitet wird. Herr Schulte-Huermann wird zu gegebener Zeit erneut berichten.

7.1.2. Bekanntgabe "Hallenordnung Sporthalle Bergstadt-Gymnasium"

Herr Gelhausen gibt bekannt, dass mit der Inbetriebnahme der Sporthalle Bergstadt-Gymnasium nach der erfolgten Dachsanierung eine neue Hallenordnung in Kraft treten wird.

Diese Hallenordnung ist u. a. erforderlich, um Fragen der Nutzung, der Haftung und des Miteinanders der verschiedenen Vereine auf eine einheitliche Basis zu stellen. Gerade die Größe der Halle und der unterschiedliche Nutzerkreis machen Regelungen zum Hausrecht, zum Betreten, zur Nutzung der Anlage und der Einrichtungsgegenstände sowie eine Regelung bei Schadensersatzansprüchen erforderlich.

Herr Gelhausen teilt weiter mit, dass diese Hallenordnung von der Zentralen Gebäudewirtschaft der Stadt Lüdenscheid erlassen wird, im Vorfeld aber mit dem Fachdienst Schule und Sport in Verbindung mit den jeweiligen Vereinen abgestimmt wurde.

7.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

7.3. Anfragen

Keine.

gez. Jens Voß

Vorsitzender Schul- und Sportausschuss

gez. S. Rigas-Gülde

Vorsitzende Kuratorium Zeppelin-Gymnasium

gez. Anke Keller

Schriftführerin